

sein, wenn eine reiche Stadt einer armen ländlichen Commun in der Nähe eine Menge unzüchtige Handwerker, die sich in ihr anhäufen, überweist, und diese hier nach 5 Jahren das Heimathsrecht erwerben sollten. Eine Dorfgemeinde hat nicht einmal so viel Mittel in der Hand, um genau zu prüfen, ob der Handwerker dem Verarmen nahe ist, wie die städtische Behörde.

Secretair v. B i e d e r m a n n: Was ich für die Seite, welcher ich beitreten werde, hätte anführen mögen, habe ich alles in der Rede Sr. königl. Hoheit gefunden und werde die Kammer nicht mit Wiederholungen aufhalten. Ich habe das Wort nur ergriffen, um zu erklären, daß ich für die Minorität, für die Gesetzesvorlage stimmen werde, weil mir daran liegt, daß man auch außerhalb dieses Saales wisse, daß ich dieser Meinung gewesen bin. Nur zwei Bemerkungen habe ich hinzuzufügen. Der Graf Hohenthal (Püchau) hat von der Stabilität der Gesetzgebung gesprochen. Ich bin auch nicht für häufige Aenderungen in der Gesetzgebung, ich bin auch für deren Stabilität, soweit die Aenderung der Verhältnisse und die fortschreitende Entwicklung der geselligen Zustände solche gestattet; ich gebe aber anheim, ob man durch fortwährende Verweigerung dieses Zusatzes nicht vielleicht mehr gegen die Stabilität der Gesetzgebung thut, als für dieselbe. Es wird dann dahin kommen müssen, daß man dem Bürgerrechte keinen Einfluß weiter auf die Erwerbung des Heimathsrechts einräumt, so daß man nur noch das Geburtsrecht und die Ansässigkeit gelten ließe, und dies würde eine noch größere Aenderung sein, denn Einschränkungen eines Gesetzes wirken weit eingreifender, als Zusätze, da das Bestehende zahlreiche Rechtsverhältnisse hervorgerufen hat. Dann hat der Herr Graf Hohenthal (Königsbrück) davon gesprochen, daß die Städte sich bewogen finden würden, die verarmten Meister auf das Land zu verweisen. Das möchte doch aber ein besonderer Ausnahmefall sein, wenn ein Meister innerhalb fünf Jahre nach seiner Etablierung verarmt sein sollte. Sind aber fünf Jahre verflossen, so kann er nicht mehr ausgewiesen werden.

v. Z e d t w i g: Gleich zu Anfang der heutigen Debatte hat man sich von zwei Seiten her auf das Rechtsgefühl der Kammer berufen, und auch ich kann nicht leugnen, daß ich nur das Anerkenntniß einer Forderung der Gerechtigkeit in dem von dem Gesetze aufgestellten Principe gefunden habe. Da aber dieser Punkt bereits von mehreren geehrten Sprechern vor mir und insbesondere schon von dem hochgestellten Vorstande der Deputation so umständlich und überzeugend in seiner eben vernommenen Rede ausgeführt worden ist, so begeben ich mich in dieser Beziehung sehr gern des Wortes. Nur darauf glaube ich doch noch Bezug nehmen zu müssen, daß mit der Annahme des Gesetzes über den Gewerbebetrieb auf dem Lande, wenn nicht auch diese Gesetzesvorlage hier zu gleicher Zeit angenommen würde, eine große Störung aller Gewerbeverhältnisse im Lande eintreten würde. Denn sehen wir die §. 8 des Gesetzes über den Gewerbebetrieb auf dem Lande näher an, so finden wir, daß hierin gerade diejenigen Bedürfnisse der Landbewohner bedacht worden sind, welche überhaupt für das Leben die dringendsten sind. Es

sind da Schneider, Schuhmacher, Weißbäcker, Fleischer, Grob- und Hufschmiede, Wagner, Sattler, Tischler, Glaser, Seiler und Böttcher verzeichnet, alles Handwerker, welche für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse sorgen. Von diesen Gewerben, welche fast in allen Städten gerade am zahlreichsten besetzt sind, würde sich nun aber allerdings wohl, wenn nicht die jetzt in Frage stehende Gesetzesvorlage über die Erläuterung des Heimathsgesetzes zugleich mit angenommen würde, bei der großen Zahl von Dorfschaften des Landes im Verhältniß zu der Zahl der Städte eine solche Menge Individuen auf das Land begeben, daß wir gewiß sehr bald schon zu dem Kommen würden, wogegen sich doch die ganze Kammer bereits ausgesprochen hat, nämlich zu der in gewisser Maße wenigstens eintretenden Freiheit des Gewerbebetriebes auf dem Lande. Denn diese Handwerker könnten ihr Geschäft begreiflich wohl viel wohlfeiler betreiben als die städtischen; die Bewohner der Städte aber würden ihnen ihre Waaren gern abnehmen, weil sie solche um geringern Preis erhalten könnten als in ihrer Stadt. Auch würden diese Dorfhandwerker, wenn sie schon keine Gesellen halten könnten, doch gar bald bei ihrem Gewerbe mancherlei Gehülfe haben, indem sie nicht so beaufsichtigt werden könnten, wie in der Stadt. Gleichwohl würden sie, wenn sie nach vielen Jahren ihres Aufenthaltes auf dem Lande nun endlich doch verarmten, wie es bei vorrückendem Alter wohl der Fall sein kann, und oft der Fall sein wird, nichts destoweniger in die Stadt zurückgewiesen werden können, wo sie das Meisterrecht erhalten hätten. Das wird der Fall jedoch nicht sein, wenn wir das Princip, welches in der Gesetzesvorlage der Kammer zur Annahme empfohlen wird, gut heißen. Denn dann wird man auch bei der Aufnahme dieser Handwerker auf dem Lande viel sorgfamer verfahren, als im entgegengesetzten Falle. Ich muß mich daher ganz für das aussprechen, was die Minorität der Deputation empfohlen hat, vorzüglich auch aus den im Deputationsberichte unter B. angeführten Gründen.

Referent Bürgerm. Starke: Ich kann nicht gemeint sein, alle Gründe, welche für und wider die Ansicht der Minorität oder Majorität vorgebracht worden sind, nochmals zu beleuchten oder zu widerlegen; aber auf einen einzigen Punkt bin ich so frei, die Kammer nochmals aufmerksam zu machen, nämlich auf den der hervortretenden Ungleichheit der Verhältnisse, welche in Hinsicht auf die Heimathsrechtserwerbung zwischen Stadt und Land zur Zeit besteht. Geburt begründet eine Heimath in der Stadt und auf dem Lande nach denselben Principien; Ansässigkeit hat ebenfalls in der Stadt, wie auf dem Lande nach Ablauf eines fünfjährigen Zeitraums die Heimathsrechtserwerbung zur Folge; ausdrückliche Ertheilung des Heimathsrechts ist nicht minder überall von denselben Folgen begleitet; unwesentlicher Aufenthalt begründet weder in der Stadt, noch auf dem Lande ein Heimathsrecht, und insoweit sind die Verhältnisse gleich regulirt. Was aber die wesentliche Niederlassung ohne Ansässigmachung betrifft, so verpflichtet die Städteordnung schon diejenigen, welche innerhalb des Stadtbezirks durch eigne selbstständige Thätigkeit sich einen Erwerb verschaffen wollen zu Gewinnung des Bürgerrechts und das